

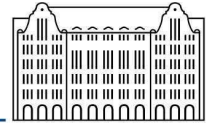
Die Vollversammlung der Handwerkskammer Hamburg hat in ihrer Sitzung am 12. Juni 2013 folgende Resolution beschlossen:

Resolution „Hamburger Energiewende: Nachhaltige Investitionen in die Netze statt 100%-Rückkauf“

Fast alle regenerativen und dezentralen Energietechniken werden vom Handwerk mitentwickelt, geplant, installiert und gewartet. Beispiele hierfür sind die Solartechnik und die Windkraftanlagen, die Nutzung von Biomasse, Erdwärme sowie die Kraft-Wärme-Kopplung. Für einen zukunftsweisenden Ausbau ist eine stimmige, d.h. vor allem verlässliche und im Rahmen eines Masterplans transparente und berechenbare Energiepolitik erforderlich. Hier muss die Trennung zwischen Energieerzeugung einerseits und dem davon getrennten Netzbetrieb (Unbundling) berücksichtigt werden.

Die Handwerkskammer lehnt mit Blick auf den Volksentscheid am 22. September 2013 einen vollständigen Rückkauf der Netze ab. Das Eigentum an Kabeln und Leitungen führt nicht dazu, dass lediglich regenerativ hergestellter Strom hindurchgeleitet werden darf; denn es besteht aufgrund gesetzlicher Regelungen eine von der Bundesnetzagentur überwachte Durchleitungspflicht.

Hamburg ist aufgrund des Energiewirtschaftsgesetzes verpflichtet, im Jahr 2014 die Konzession (Erlaubnis) über das Wegenutzungsrecht für Stromnetze EU-weit diskriminierungsfrei auszuschreiben. Der siegreiche Bieter darf die Hamburger Netze dann nutzen und das Eigentum an den Stromnetzen gegen einen angemessenen Ausgleich kaufen. Nach § 1 des Energiewirtschaftsgesetzes sind alle Eigentümer zu einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas verpflichtet. Durch die Gewichtung dieser Kriterien in der Ausschreibung kann ein Partner gesucht werden, mit dem ein beschleunigter Umstieg auf umweltverträgliche, also erneuerbare Energien umgesetzt wird. Ein vollständiger Rückkauf der Netze ist dafür nicht notwendig.



Die Vollversammlung der Handwerkskammer Hamburg hat bereits im März 2012 die Verständigung des Hamburger Senats mit den großen Energieversorgungsunternehmen über ein breit angelegtes Investitionsprogramm begrüßt.

Wichtig für die Umsetzung der Energiewende in Hamburg sind effiziente Ersatzneubauten wie in Wedel und eine Ertüchtigung der Versorgungsnetze. Für eine auch in Zukunft verlässliche und bezahlbare Energieversorgung muss deutlich mehr in den Ausbau der Infrastruktur, in intelligente Versorgungstechnik und in Speicherkapazitäten zur Entkopplung von Erzeugung und Verbrauch der Energie investiert werden.

Mit der Beteiligung von jeweils 25,1 Prozent am Hamburger Strom-, Gasverteilsowie größten Fernwärmenetz und durch wichtige Investitionsvereinbarungen hat sich die Freie und Hansestadt Hamburg einen strategischen Einfluss auf energiepolitische und energiewirtschaftliche Entscheidungen gesichert. Hierzu gehören Mitspracherechte für die Weiterentwicklung der Energieerzeugung und Speicherung. Dies ist ein wesentlicher Schritt, dem Verlangen der Hamburger Bürger und Betriebe nach mehr Transparenz und Wettbewerb bei der Energieversorgung nachzukommen.

Eine vollständige Übernahme der Netze würde für die Freie und Hansestadt Hamburg nicht nur die Finanzierung von zusätzlich etwa zwei Milliarden Euro erfordern, sondern auch große vergaberechtliche sowie Management- und Investitionsrisiken mit sich bringen. Dies wäre eine erhebliche Zusatzbelastung, der kein adäquater Nutzen entgegensteht.

Aus Sicht der Handwerkskammer steht eine weitere Verschuldung der Stadt in Höhe von ca. zwei Milliarden Euro in keinem Verhältnis zu dem damit verbundenen denkbaren Nutzen und würde überdies die politisch angestrebte Konsolidierung der Stadtfinanzen ad absurdum führen. Daher empfiehlt die Handwerkskammer, gegen den vollständigen Rückkauf der Netze zu stimmen. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sollte allerdings über das Ausschreibungsverfahren bei der Konzessionsvergabe sowie durch bestehende und künftige Investitionsvereinbarungen mit dem künftigen Netzbetreiber die für die Energiewende sinnvolle Weiterentwicklung der Netze sichergestellt werden.

Hamburg, 12.06.2013